

Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 21.09.2017

Zu TOP : 9.10

zur Einführung einer Einwohnerkarte

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage: AN 0107/2017

Frau Müller spricht zur Aktualität des Themas und führt alle bisherigen bekannten Ergebnisse aus Diskussionen und Prüfungen an. Vor dem Hintergrund einer möglichen Belastung von Einwohnern der Stadt durch eine Kurtaxe sind Ausnahmen, die nach Recherche und Verweis auf die Gemeinde Binz durchaus möglich sind, zwingend geboten.

Herr Haack spricht die realen Beweggründe für die in der Gemeinde Binz eingeführte Einwohnerkarte an – es ist einzig die Beibehaltung eines kostenlosen ÖPNV für die Einwohner aller Ortsteile. Herr Haack zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion AN 0111/2017 zurück und weist auf einen neuen Änderungsantrag von BfS und CDU/FDP hin. Er geht auf den Ursprung der Einführung einer Abgabe in der Hansestadt ein und begründet das Anliegen des Änderungsantrags als sinnvolle Alternative.

Herrn van Slooten fehlt für diese Diskussion das klare Ergebnis bisheriger Prüfungen. Er spricht sich für Geduld aus, bis die Ergebnisse über die mögliche Einführung einer Kurtaxe vorliegen. Er kann den nun auftretenden Aktionismus nicht nachvollziehen.

Herr Suhr hingegen sieht in der Prüfung zweier alternativer Möglichkeiten grundsätzlich mehr Chancen als Geduld. Zur Kurtaxe selbst sehe er durchaus Spielräume und Ermessen bei der Prüfung von Ausnahmen für Einwohner, so dass auch diese Form der Abgabe aus seiner Sicht weiter verfolgt werden sollte.

Frau Bartel unterstützt die Argumentation von Herrn van Slooten.

Herr Dr. Zabel begründet das Anliegen der Fraktionen von CDU/FDP und BfS und spricht die gewollte Haushaltsentlastung an.

Herr Suhr klärt ein diesbezügliches Missverständnis auf und verweist auf seinen Gedanken einer gleichzeitigen Prüfung mehrerer Alternativen. Er stellt den Antrag, beide Anträge zur Beratung in die Ausschüsse zu verweisen.

Der Präsident lässt über die Verweisung der Anträge AN 0115/2017 und AN 0107/2017 in die zuständigen Fachausschüsse wie folgt abstimmen:

1. Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Änderungsantrages AN 0115/2017 wird in die zuständigen Fachausschüsse zur Beratung verwiesen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

2. Abstimmung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Antrages AN 0107/2017 wird in die zuständigen Fachausschüsse zur Beratung verwiesen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Der Präsident lässt sodann über den Änderungsantrag AN 0115/2017 zum Antrag AN 0107/2017 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, anstelle einer Kurtaxe oder einer Fremdenverkehrsabgabe die Voraussetzungen für die Erhebung einer Kulturabgabe für Übernachtungen in der Hansestadt Stralsund unverzüglich zu schaffen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2017-VI-06-0668

Abschließend lässt der Präsident den somit geänderten Antrag AN 0107/2017 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, anstelle einer Kurtaxe oder einer Fremdenverkehrsabgabe die Voraussetzungen für die Erhebung einer Kulturabgabe für Übernachtungen in der Hansestadt Stralsund unverzüglich zu schaffen.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, anstelle einer Kurtaxe oder einer Fremdenverkehrsabgabe die Voraussetzungen für die Erhebung einer Kulturabgabe für Übernachtungen in der Hansestadt Stralsund unverzüglich zu schaffen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-06-0669

für die Richtigkeit der Angaben: Gez. i.A. Ely

Stralsund, 10.10.2017